

Elternlobby will freie Schulwahl im Kanton Zürich einführen

Lancierung von Volksinitiative auf nächsten Frühling geplant

Im Kanton Zürich sollen künftig die Eltern bestimmen, wo ihr Kind zur Schule geht. Die Elternlobby Schweiz will – wie in anderen Kantonen – über eine Volksinitiative die freie Schulwahl einführen. Die Bildungsdirektion fürchtet um die Integrationskraft der Volksschule.

fur. Seit ihrer Gründung vor fünf Jahren rüttelt die Elternlobby Schweiz an einem Tabu: Sie will die freie Schulwahl einführen. Die Eltern sollen unabhängig von ihrem Wohnort entscheiden können, welche Schule ihr Kind besuchen soll, egal ob es eine staatliche oder privat getragene Schule ist. In beiden Fällen soll der Staat die Kosten übernehmen. Dieses System will die Elternlobby im Kanton Zürich nun mit einer Volksinitiative durchsetzen. Das schon früher angekündigte Projekt ist nun konkret, wie die Zeitung «Sonntag» meldete. Im kommenden Frühjahr will der Verein mit dem Sammeln von Unterschriften beginnen.

Freier Zugang zu allen Schulangeboten

Funktionieren soll das Modell wie folgt: Eltern könnten ihre Kinder grundsätzlich an jede Schule im Kanton anmelden. Die Wahl wäre uneingeschränkt, wie Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby, erklärt. Nicht nur die staatlichen Volksschulen müssten also jeden Schüler aufnehmen, sondern auch die privat getragenen Einrichtungen. Für jeden Schüler entrichtet der Kanton eine Pauschale an die jeweilige Schule. Sie soll dem durchschnittlichen Aufwand für einen Schüler entsprechen. Derzeit «kostet» die Schulbildung für einen Primarschüler im Kanton Zürich jährlich rund 15 000 Franken, für einen Sekundarschüler rund 20 000 Franken.

Privatschulen dürften nach diesem Modell kein zusätzliches Schulgeld mehr von den Eltern

verlangen. Dadurch hätten alle Kinder, unabhängig von ihrem finanziellen, ethnischen und religiösen Hintergrund, Zugang zu allen staatlich anerkannten Bildungsanbietern. Jedes Kind könnte jene Schule besuchen, in der es sich optimal entfalten könne, sagt Amacher. Dies sei nicht in jedem Fall die staatliche Volksschule. Heute bestehe eine «versteckte Wahlfreiheit» für Eltern, die sich Privatschulen leisten könnten – derzeit besuchen etwa 5 Prozent der Volksschüler eine privat getragene Schule. Mit dem System der Elternlobby werde die freie Wahl auf alle Kinder ausgedehnt, sagte Amacher. Auch Kinder aus weniger finanzstarken Familien hätten dann etwa die Möglichkeit, die Rudolf-Steiner-Schule zu besuchen. Privatschulen für eine exklusive Kundschaft und mit hohen Gebühren wären weiterhin möglich, aber sie wären nicht Teil dieses Abgeltungssystems. Die Elternlobby verspricht sich mit ihrer Idee mehr Wettbewerb unter den Schulen. Allerdings handle es sich dabei nicht um einen marktwirtschaftlichen, sondern um einen pädagogischen Wettbewerb, sagt Amacher. Die Schulen müssten mit ihren Inhalten überzeugen. Die laufende Einführung der geleiteten Schulen im Kanton Zürich komme dem entgegen. Denn die Schulen hätten damit die Möglichkeit, ein eigenes Profil zu entwickeln. Eine grosse Abwanderung von der staatlichen zu privaten Schulen befürchtet Amacher nicht. Sie verweist auf die skandinavischen Länder, welche die freie Schulwahl bereits kennen. Die meisten Kinder besuchen dort nach wie vor eine staatliche Schule in ihrer Umgebung.

Widerstand bei Verwaltung und Lehrern

Nicht nur im Kanton Zürich sind solche Bestrebungen spürbar. Im Kanton Baselland reichte die Elternlobby letzten Dezember eine Initiative mit derselben Forderung ein. Sie stösst bei der Regierung und den Lehrkräften auf grossen Wider-

stand. Im nächsten Sommer soll die Volksabstimmung stattfinden. Bis dahin will Amacher in verschiedenen anderen Kantonen weitere Initiativen lancieren. Vorbereitungen laufen, abgesehen von Zürich, auch in Basel-Stadt, Solothurn, Aargau, Luzern, St. Gallen, Appenzell und Waadt.

Im Kanton Zürich ist die freie Schulwahl auf der Stufe der Gymnasien bereits Tatsache. Dennoch zeigt man auf der Bildungsdirektion wenig Begeisterung für die Idee, dies nun auch auf die Volksschule auszudehnen. Martin Wendelspiess, Chef des Volksschulamtes, befürchtet, dass die Schulwahl die Integrationskraft der Schule zerstöre. Die freie Schulwahl bewirke, dass die Klassen nicht mehr sozial und kulturell durchmischt seien. Zudem leide der gesellschaftliche Zusammenhalt in einem Quartier, wenn die Kinder des Quartiers alle unterschiedliche Schulen besuchen, die unter Umständen weit weg liegen.

Support aus den Reihen der FDP

In der Bildungsdirektion ist die Idee allerdings nicht ganz neu. Als 1995 Ernst Buschor Zürcher Bildungsdirektor wurde, hat er kurzzeitig mit der freien Schulwahl geliebäugelt, sie aber wieder verworfen. In der politischen Debatte um das neue Volksschulgesetz vor wenigen Jahren war die freie Schulwahl zwar kein Thema. Die Volksinitiative hat aber im Kanton Zürich durchaus Anhänger. Für das Initiativkomitee zugesagt hat FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger, dies obwohl seine Partei die Frage intern noch nicht definitiv geklärt hat. Die freie Schulwahl verhindere die Integration nicht, sondern fördere sie, sagt Leutenegger. Denn mit dem neuen System hätten auch Ausländerkinder Zugang zu Schulen mit privater Trägerschaft. Zudem seien Private oft innovativer als der Staat, zum Beispiel im Bereich der Ganztageschulen. Mehr Wettbewerb steigere die Schulqualität. Dies sei dringend nötig.